

17. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Für eine „soziale Stadt“: Bundeszuschüsse für die Städtebauförderung sichern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus lehnt die Kürzungen der Bundeszuschüsse für die Städtebauförderung seit dem Jahr 2010 ab. Gerade die Entscheidung der Bundesregierung, Maßnahmen für stadtteilorientierte Strategien der Armutsbekämpfung und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts programmatisch abzubauen und auf rein investive Maßnahmen zu beschränken, wirkt sich verheerend auf die Entwicklung Berlins aus.

Der Senat wird daher beauftragt, eine Bundesratsinitiative bezüglich der Ausstattung und Ausrichtung der Städtebauförderung in die Wege zu leiten. Folgende Inhalte und Ziele sollen dabei im Zentrum stehen:

1. Im Bundeshaushalt den Verpflichtungsrahmen der Bundesmittel für die Städtebauförderung so schnell wie möglich auf das Niveau von 2009 (610 Mio. Euro) anzuheben, perspektivisch auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Mio. Euro jährlich zu erhöhen und auf diesem Niveau zu verstetigen.
2. Das Programm „Soziale Stadt“ mindestens wieder auf das Volumen von 2009 (105 Mio. Euro) aufzustocken sowie die Projekte und Modelle im nicht-investiven Bereich im Rahmen dieses Programms wieder zu zulassen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.08.2012 zu berichten.

### ***Begründung***

Die Städtebauförderung leistet seit über 40 Jahren einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Städte und Gemeinden. Als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zusammen mit den Kommunen (Bezirken) hat sie sich als anpassungsfähiges, problemorientiertes Instrumentarium der Stadtpolitik erwiesen. Zur Bewältigung der vielfältigen, sich wandelnden Herausforderungen in Städten und Gemeinden hat sie sich bewährt. Der Erhalt historischer Stadtkerne, die Belebung von Innenstädten und Großsiedlungen sowie die Aufwertung sozial-ökonomisch benachteiligter Stadtteile sind sichtbare Wirkungen der Städtebauförderung. Die Städtebauförderung verbessert aber nicht nur die Bausubstanz und die Wohn- und Lebenssituation, sondern sie schafft auch Identifikation der Menschen mit ihrem Quartier und ihrer Stadt. Sie ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern, an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes aktiv mitzuwirken. Hervorzuheben sind insbesondere die Bürgeraktivierung über Quartiersräte und Quartiersfonds, die Vielzahl von sehr innovativen Projekten und das regelmäßige, Indikatoren-gestützte Monitoring Soziale Stadtentwicklung. Mit seinem integrierten und integrativen Ansatz kann das Programm „Soziale Stadt“ die Abwärtsspirale in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf mildern. Es kann die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Quartieren verbessern und trägt so zum sozialen Frieden in den Städten bei.

In den 34 Berliner Quartieren der “Sozialen Stadt” werden hunderte Maßnahmen umgesetzt, die Bildung, Chancengleichheit und Hilfe zur Selbsthilfe fördern. Gewählte Quartiersräte aus Bürgern und Initiativen entscheiden mit über den Einsatz der Fördermittel. Neben Projekten und Aktionen z.B. in den Bereichen Bildung, Kultur und Integration werden Spielplätze saniert oder öffentliche Räume bewohnerfreundlicher gestaltet. Nicht in Zahlen ausdrückbar ist der Vertrauensverlust. In jahrelanger Arbeit haben die Quartiersmanager viele Menschen zum Mitmachen motiviert. Die vielen, vielen Vergabebeiräte, Quartiersräte und Stadtteilmütter, die Integrationslotsen, Kiezläufer und Streitschlichter haben sich jahrelang für Berlins Kieze engagiert.

Häufig erhalten die “Soziale-Stadt”-Projekte noch zusätzliche EU-Gelder, die nun verloren gehen. Und zu jedem Euro Landesgeld kommen acht weitere öffentliche oder private Euro Investitionen dazu, wie es Studien belegen. So entstehen auch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, die die Ausgaben für die Städtebauförderung sogar übersteigen. Eine gravierende Kürzung in einem Programm, das in erster Linie kein Subventionsprogramm, sondern eine gezielte Investitionsförderung darstellt, erscheint völlig unverständlich.

Die aktuelle Bundesregierung hat im Jahr 2009 entschieden, die Bundeszuschüsse jährlich zu kürzen. Für 2010 und 2011 konnte der Berliner Senat die Finanzierungslücke ausgleichen, ob das auch 2012 und 2013 möglich sein wird ist noch völlig ungewiss. Von großem Nachteil ist für Berlin auch, dass die Mittel nicht mehr im gleichen Maße für soziokulturelle Projekte eingesetzt werden dürfen wie bisher. Die Bundesregierung setzte sich damit über die Länder, Kommunen und Experten hinweg, die gewarnt hatten, dass ohne die Fördermittel große Probleme in den Städten drohen. Auch die Bundesbauministerkonferenz am 28. Juni 2011 sprach sich sehr deutlich gegen die Sparpläne aus.

Die zahlreichen Maßnahmen, die nach Jahren langsam zu wirken begonnen haben, brauchen dringend eine Erhöhung der Bundeszuschüsse. Das ist aber auch nur eine Schonfrist, denn

das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ist insgesamt bis 2013 befristet. Es braucht eine unabhängige Evaluation und Verbesserung des Gesamtprogramms, denn zuletzt hatte das Sozialmonitoring im Januar 2011 relativ ernüchternde Zahlen zur sozialen Lage in den Berliner Kiezen geliefert. Das zeigt, dass die langfristige und nachhaltige Unterstützung der Kieze durch höhere Regelfinanzierungen im Bereich Soziales, Integration, Bildung, Stadtentwicklung und Kultur und eine bessere Ausstattung der Bezirke dringend notwendig ist.

Die Förderung der Stadtentwicklung und des Städtebaus muss wieder in den Fokus der bundespolitischen Verantwortung. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss fortentwickelt und angemessen finanziell ausgestattet werden. Das Land Berlin kann und muss daher gemeinsam mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative starten.

Kürzungen der Städtebauförderung bedeuten den Abschied von einer aktiv gestaltenden Stadtpolitik des Bundes nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Zum einen fehlt der Städtebauförderung zunehmend die finanzielle Substanz, um Wirkung zu entfalten, zum anderen wendet sich der Bund mit der Orientierung auf rein investive Maßnahmen vom innovativen Ansatz der integrierten und integrativen Stadtentwicklung ab. Städte sind mehr als Steine und Beton. Ausschließlich investive Maßnahmen sind deswegen nicht geeignet, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und nachhaltig positive städtische Entwicklungen zu erreichen.

Die Kürzungen der Haushaltsjahre 2010 und 2011 müssen zurückgenommen und die Bundesmittel perspektivisch entsprechend dem tatsächlichen Förderbedarf auf insgesamt 700 Mio. Euro jährlich aufgestockt werden. Dies entspricht dem Ergebnis der Studie „Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007 bis 2013 in Deutschland“, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben hat. Der Bund muss wieder ein zuverlässiger Partner der Länder und Kommunen in der „Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ werden. Das Engagement zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler (bezirklicher) Ebene, von Projektverantwortlichen und Bürgerinnen und Bürgern für die Stadtentwicklung ist unverzichtbar für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, ersetzen kann es die staatliche Verantwortung nicht.

Berlin, den 27. März 2012

Pop Schmidberger Otto  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen